

Saale-Zeitung.

Zwölftägiger Jahrgang.

werden die Spaltenpreise oder deren Raum mit 20 Pfg. ...

Ercheint täglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Bezugspreis für Halle vierteljährlich bei postmaler Aufstellung 2,50 M., durch die Post 3,25 M., einschließlich Zustellungsgebühren.

Für unterlangt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

Druckerei der Redaktion Nr. 1140; der Abonnement-Abteilung Nr. 1133.

Nr. 101.

Halle a. S., Mittwoch, den 2. März.

1910.

Eine unerquickliche Angelegenheit.

Im „Schwäbischen Merkur“ lesen wir folgende befremdliche Notiz, die wir bereits im Auszug unseren Lesern mitgeteilt haben:

Ueber hohe Freundschaften, deren sich Wobbe Wetterles erfreue, geht in Colmar ein sehr unfreundliches Gerücht um. Es wird uns von einer Seite, die wir für unerrätlich halten müssen, nachfolgendes als Tatsache berichtet: „Am Tage seiner Entlassung aus dem Gefängnis (16. Februar) erhielt Wetterles noch im Gefängnis einen, natürlich französisch geschriebenen, Brief von der Gräfin Webel, Gemahlin des kaiserlichen Statthalters, in dem die Gräfin ihrem Bedauern darüber Ausdruck gibt, daß Wetterles verhindert gewesen sei, an ihren Aufstellungen teilzunehmen. Sie sende ihm deshalb nachträglich die Geschenke zu, welche bei den Festen an die Gäste verteilt worden seien. Diesen Brief hat Wetterles noch vom Gefängnis aus beantwortet und hat ihn mehreren Personen triumphierend gezeigt.“ Es ist begreiflich, daß derartige Vorgänge, wenn sie wahr wären, das größte Verbrechen bei Deutschen und Deutschgesinnten hervorrufen müßten, und wir meinen, für die Statthalterschaft lägen dringende Gründe vor, diese Gerüchte — noch keine zu genannt — eifrig zu widerlegen. Es hätte ja, wenn solche Dinge geschehen wären, keinen Wert mehr, sich über die Dreifigkeit französischer Wobbes in den Reichsländern zu wundern.“

Zu dieser seltsamen Meldung bemerkt die „Straßburger Post“: Auch uns war dieses Gerücht längst bekannt. Wir hatten nicht nur vor mehr als einer Woche im „Erfassigen Kurier“ jene geheimnisvolle Andeutung über gewisse Geschenke an Herrn Wetterles gelesen, wobei es dann hieß:

„Von einer andern Seite noch war ein Geschenk eingegangen, verblüffend unerwartet für den Abgeordneten Wetterles ebenso wie für seine Freunde, mit einem erstaunlich hübschvollen Schreiben, worüber Näheres zu sagen uns die Discretion verbietet.“

Wir hatten auch von uns nachstehender Seite allerhand über die Geschenke gehört, die man in Colmar herumtrug. Der Chefredakteur des „Erfassigen Kurier“ sollte, so schrieb man uns, seinen zahlreichen Bekannten eine silberne Zigarettenbox mit dem Namenszug der Frau Gräfin Webel gesandt haben, als das Geschenk, das „verblüffend unerwartet“ nebst „erstaunlich hübschvollem Schreiben“ bei Wetterles eingegangen sei; außerdem habe die Mutter Wetterles einen silbernen Schirmgriff erhalten. Die Art und Weise, mit welcher diese Dinge in den verschiedenen Kreisen der Colmarer Bürgererschaft erzählt wurden, ließ eine bestimmte Ansicht bezüglich erkennen.

Wir haben von allen diesen uns zugetragenen Gerüchten keine Notiz genommen, weil wir es einfach für undenkbar hielten, daß sie der Wahrheit entsprächen. Herr Wetterles war eben wegen Verleumdung eines deutschen Beamten zu einer empfindlichen Gefängnisstrafe verurteilt worden. Wir mußten es für unmöglich halten, daß die Gemahlin des höchsten Beamten im Lande diesen Moment für geeignet hielt, Herrn Wetterles eine besondere Aufmerksamkeit zu erwiesen. Leider waren wir mit dieser Auffassung im Irrtum. Die Darstellung des „Schwäbischen Merkur“ entspricht in der Schilderung des äußeren Herganges den Tatsachen. Allerdings wird man auch die Motive bedenken müssen, die dabei mitsprachen.

Man schreibt uns dazu von zuständiger Stelle: Der Hergang ist folgender: „Die Gräfin Webel pflegt alljährlich nach den großen Statthalterballen von den bei dieser Gelegenheit zur Verteilung gelangenden kleinen Kottillongeschenken eine Anzahl an verschiedene Bekannte, die an den Ballen nicht teilnehmen, zu senden. Zu diesen Bekannten zählen auch einige Landesausfuhrgeordnete, darunter auch Herr Wetterles und seine Mutter, die diese kleinen Erinnerungsgeschenke schon in den beiden letzten Jahren erhielten. Auch in diesem Jahre hat die Gräfin unter der Drohne der Mutter des Herrn Wetterles die Kottillongeschenke, einen Sonnenstrahlring und ein kleines Feuerzeug, mit einigen begleitenden Worten an die beiden Genannten gesandt. Mit der politischen Stellung des Herrn Wetterles hat diese Sendung um so weniger zu tun, als die Frau Gräfin sich niemals mit Politik befaßt hat. Es ist also durchaus kein Anlaß vorhanden, daraus irgend welche Rückschlüsse oder Gebanken abzuleiten, die über das Maß einer Aufmerksamkeit, wie Damen sie zu erwiesen lieben, hinausgehen.“

Wir können uns dieser Auffassung nicht anschließen. Auch wir erblicken selbstverständlich in dem ganzen Ereignis keinen hochpolitischen Fall. Aber wir meinen, daß, selbst wenn in früheren Jahren Herr Wetterles derartige Aufmerksamkeit erhalten hätte, in diesem Jahre aller Anlaß vorlag, diesem Herrn gegenüber peinlich die Zurückhaltung zu üben. Die Sendung von Geschenken an einen wegen aus deutschfeindlicher Gesinnung herausgegangener Verleumdungen Bestraften mußte unter allen Umständen zu Mißdeutungen führen und alle deutsch Empfin-

den im Lande irren machen. Herr Wetterles hat sich denn auch nicht gehütet, die Güte der Frau Gräfin Webel größtenteils zu Reklamezwecken zu mißbrauchen, — ob direkt oder indirekt ist einerlei. Ganz abgesehen davon aber ist die Persönlichkeit und das Zwietracht stiftende Wirken des Herrn Wetterles wahrlich nicht der Art, daß man wünschen könnte, ihn als den Empfänger besonderer Auszeichnungen und Liebenswürdigkeiten aus dem Statthalterpalais zu sehen.

Deutscher Reichstag.

45. Sitzung vom 1. März 1 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die

Wahl des Präsidenten.

Auf Vorschlag des Abg. v. Hertling (Str.) wird der Abg.

Graf Schwerin-Loewitz

durch Akklamation gewählt.

Abg. Schwerin-Loewitz:

M. S., ich bin Ihnen für das mir durch die hohen vollenzogene Wahl gezeigte Vertrauen aufrichtig dankbar. Ich weiß die hohe Ehre zu würdigen, welche Sie mir durch die Wahl in ein Amt, welches vor mir so viele hervorragende Männer befehlet haben, erweisen, und bin mir der damit verbundenen Aufgaben und Pflichten bewußt. Ich verpflanze Ihnen, für die Erfüllung dieser Aufgaben und Pflichten eine ganze Kraft einzubringen. In der Vergangenheit, was ich eigentlich als ganz selbstverständlich ansehe, gegenüber den Mitgliefern aller Parteien strengste Unparteilichkeit zu wahren. Ich bitte Sie aber auch alle ohne Ausnahme, mich in der Erfüllung meiner Aufgabe, in der Förderung der Geschäfte, in der Wahrung der Ordnung und in einer würdigen Führung der Geschäfte auf das Beste zu unterstützen. Denn wir haben ja alle ein Interesse daran, daß unsere Geschäfte würdig geführt und dadurch das Ansehen des Reichstages im In- und Auslande gewahrt wird. (Beifall.)

Indem ich somit die Wahl annehme, glauhe ich im Sinne des Hauses zu handeln, wenn ich dem hochverehrten Herrn Vizepräsidenten, der seit zwei Monaten mit Hingebung und Umsicht die Geschäfte des Hauses geleitet hat, den wärmelien Dank des Hauses ausspreche. (Beifall.)

Auf der Tagesordnung steht die Weiterberatung des Etats des

Reichsamt des Innern

Titel Staatssekretär

Abg. Böhme (fraktionslos):

Die Anerkennung der Berechtigung der Gründung des Bauernbundes durch Mitglieder der Linken kann uns nicht abhalten, unverrückbar an unserm Programm der Schutzpolitik festzuhalten und zwar an dem Zolltarif von 1902. Der Redner legt, zum Teil gegen Gothein polemisierend, dar, daß ein Vergleich mit Dänemark und England nicht in jeder Beziehung durchführbar sei. Die Stellung des Bauernbundes zu den Futtermittelkäufern sei vielfach mißverständlich. Derzeit hat der Bauernbund nur den übermäßig hohen 75 Prozent Zoll auf Futtermittel, wie ihn der Bund der Landwirte seinerzeit verlangt habe. Seinen Bedarf an Getreide und Fleisch werde Deutschland auch trotz steigender Bevölkerungsziffer binnen kurzer Zeit decken können. Weiter wendet sich Redner gegen den Bund der Landwirte, dem gegenüber der Bauernbund sich lediglich in der Abwehr befindet, und legt namentlich dar, wie irrtümliche Vorstellungen den Bauern über das Wesen der Erbanfallsteuer — gleich als ob den Bauern damit die Decke über dem Leibe fortgezogen werden sollte — beigebracht worden seien. Gerade die Annahme der Erbanfallsteuer durch die Konserwativen würde im Interesse der Bauern und überhaupt des Mittelstandes gelegen haben. Und was sei der Grund für das abweichende Verhalten der Konserwativen und Bündler gewesen? Die starke Progression der Steuerföge bei der Erbanfallsteuer in Gegensatz zu der geringen Progression bei der Vermögenssteuer in Preußen. Der Bauernbund sei deshalb lediglich in Abwehr gewesen gegenüber dem Bund der Landwirte. Und namentlich im Osten habe sich der Bund solche Verdienste erworben, daß man ihm hätte dankbar sein sollen, statt ihn anzugehassen. Die Entsetzung des Bauernbundes geht zurück auf jene häßliche Bewegung im Preußen, die lediglich der Not zu verdanken gewesen sei. Redner geht weiterhin ausführlich auf die Befriedelungsprobleme im Osten ein unter händiger Polemik gegen den Bund der Landwirte. Man werfe dem Bauernbund Fälschung vor. Rein Vorwurf ist unbegründet. Wir hätten an der Schutzpolitik fest zu halten und, was die Interessen der Landwirtschaft und der anderen Berufsstände vereinen wollen, wirken wir im Interesse der Landwirtschaft; denn tritt die Scheidung ein, dann wird die Landwirtschaft überflüssig und die Schutzzölle gehen verloren. Nichts ist deplozierter als vom Uebergang zum Feinde zu sprechen; wir betrachten die anderen Berufsstände nicht als Feinde. Gerade wir werden dafür sorgen, daß die Gegenseite sich abschließen und daß die übrigen Berufsstände wieder Vertrauen zu der Landwirtschaft gewinnen.

Abg. Fuhrmann (nt.):

Hält dem Dr. Fahn die Erklärung vor, die er seinerzeit vor seiner erstmaligen Wahl in den Reichstag dem nationalliberalen Wahlkomitee gegenüber abgegeben habe. Die Erklärung lautete: „Dem Wunsch des Zentralkomitees der Nationalliberalen im 9. Bundesversammlungs-Vorstand, entsetze ich, erkläre ich, daß ich bereit bin, für den Fall meiner Wahl politisch und wirtschaftlich in nationalliberalen Sinne zu wirken.“ (Beifall.) „Und wirtschaftlich“, m. S., so steht es ausdrücklich in dieser Erklärung! Und jetzt bekämpft Herr Fahn schon längst gerade die Nationalliberalen in ihren wirtschaftlichen Bestrebungen. In einem ländlichen Flugblatt, wie es verlagerter nicht sein kann, wird den Nationalliberalen

namentlich auch ihr Eintreten für die Capriol-Politik vorgeworfen. Und denselben Vorwurf hat Herr Fahn in voriger Woche gegen uns erhoben. In seiner großen Ehrlichkeit hat Herr Fahn versprochen, gleichzeitig mitzuteilen, daß für die Carlischen Handelsverträge auch v. Mannekeff, Graf Kinkowitow, Graf Schwertin-Lowitz und noch so und so viele andere Konserwativen gesammelt. Zu seiner großen Gewissenhaftigkeit hat neulich im Zirkus Buhf der Herr Abgeordnete Fahn wiederum Herrn Bassermann nachgefragt, auf dem nationalliberalen Parteitag von einem „Rauszuge“ der Konserwativen gesprochen zu haben. Wenn irgend ein minderwertiger Wanderrhetor des Bundes so etwas behauptet, so regt uns das nicht auf. Wir wissen ja, wie schlecht die Rednerschule ist, aus der diese Redner hervorgehen. Von dem Abg. Diederich Fahn aber können wir verlangen, daß er, ehe er eine solche Behauptung weiterträgt, sich erst Gewißheit verschafft aus dem Sitzenamt des Parteitageltes! (Sehr richtig!) Herr Fahn sucht bei jeder Gelegenheit unseren jetzigen Parteivorstand zu unterbrechen, zu Herrn von Bernigheim, in Gegensatz zu bringen. Nun, m. S., als Herr v. Bernigheim noch unser Führer war, da tat einmal Herr Fahn mit Bezug auf ihn den Auspruch: „Es ist ein Glück, daß solche Leute nicht ewig leben!“ (Hört! hört!) Wie über Herrn Fahn auch in Kreisen gedacht wird, die mit uns gar nichts zu tun haben, zeigt Ihnen eine Mitteilung der „Kön. Volkstz.“: „Seitdem Herr Fahn als Angehörter der Deutschen Bank Wahlgeld an die Presse verteilt habe, glauhe er weit weiß welches wirtschaftliche Wissen zu besitzen!“ (Große Heiterkeit.) Den beiden Wesen im Reichstage hat Herr Fahn in seinen letzten Agitationsreden nachgerühmt, sie hätten bei der Reichsoberaufsicht geholfen, das Reichsgericht zu retten. Tatsächlich haben aber die Herren Göb, v. Olenpufen und Dannenberg bei zehn Abstimnungen, über Tabak, Branntwein, Raffee, Zündholzerzeugnis usw., mit acht nein abgestimmt, abgesehen von den Abstimnungen, wo der eine mit Ja, der andere mit Nein stimmte. (Große Heiterkeit.) Wie hat der Reichsoberaufsicht die Hand gegeben, den Blick mit den Konserwativen zu erhalten. Wir sind ohne Schuld an der jetzigen unvollkommenen Entlohnung. (Gelächter rechts.) Aber wir werden den Kampf, der uns aufgezwungen ist, aufnehmen. Aufnehmen in dem Bewußtsein, daß auch in konserwativen Kreisen die Erkenntnis nachdringt, daß die Verfehlung zwischen Stadt und Land ein Ende nehmen muß. Nach vor zwei Jahren lag hier ein aufrechter Mann, Herr v. Karobitz, der offen erklärte: nicht wegen, sondern trotz des Bundes der Landwirte haben wir jetzt eine Wölle der Landwirtschaft! So ist es. Ginge es nach dem Bunde der Landwirte, so hätten wir heute noch die Capriolischen Handelsverträge. Nur in einem besonnenen Auftreten 1902 haben wir den jetzigen Zolltarif zu verdanken. Und nach wiederum sechs Jahren, wenn es abermals zu einer Entlohnung über die Handelsverträge kommt, werden wir wieder dasselbe warme Herz für die Landwirtschaft haben. (Beifall, Beifall bei den Radik.)

Abg. Horn (Sachsen, Soc.)

begründet die Glasbläserresolution seiner Fraktion.

Abg. Dr. Heim (Str.):

Es scheint fast als ob Dr. Fahn Staatssekretär ist, weil man sich dieser Debatte so viel mit ihm beschäftigt. Wieviel Mitglieder hat denn der neue Bauernbund? Woher kommt das Geld, denn so ein Kammel ist doch nicht billig. Die Großbanken sollen dafür zahlen. Warum hat Dr. Böhme nicht offen erklärt, daß der Bauernbund vom Staatshaus kein Geld nicht hat. Bei uns in Bayern wird der Bund keine Geschäfte machen. Der Bund hat den einzigen Zweck, die Nationalliberalen bei den Wahlen zu unterstützen. Sie werden aber trotzdem verschwinden wie der Schnee vor der Sonne. Das Problem der Landarbeiterfrage ist nur dadurch zu lösen, daß man die Bauern frei und selbständig macht. Die Leute, die hinter dem Bauernbund stehen, meinen es nicht ehrlich. Sie gehen von dem Grundsatze aus: Sie Zwietracht und du wirst ernten. (Beifall rechts und im Ztr.)

Abg. Dr. Fahn (Konf.):

Herr Fuhrmann hat eine Rede gegen mich verbrochen. (Vizepräsident Erbsprung zu Hohenlohe rügt den Ausbruch.) Das Wort war mir überhaupt gemeint, denn was Herr Wachsopf und Herr Fuhrmann vorbrachten, ist nicht ernsthaft zu nehmen. Sie haben allen möglichen Klatz zusammengetragen. Wir sollten doch die privaten Angelegenheiten der Abgeordneten draußen lassen. Herr Fuhrmann. (Hört, hört recht und im Ztr.) Es macht auf mich gar keinen Eindruck, wenn eine Zeitung mit meiner Politik unzufrieden ist. Die Presse des Bundes der Landwirte ist stets in vornehmer Weise ungetreuen. (Heiterkeit links.) Als ich als Parteivorstand der Nationalliberalen zum Wärscheppel sprach, hatte Singer vor mir über den harnstoffreichen Spielerepgeprochen und die Schuld lediglich den Offizieren gegeben. Darüber war ich empört und sagte, da Herr Singer gerade vor mir lag: Haut du meinen Leinwand, habe ich keinen Juden. Das ist das nicht? Wenn das Wort „Jude“ ausgesprochen wird, dann sind die Nationalliberalen sehr heilföhrig. Was Herr v. Bernigheim mit demselben Schreie ich sollte mein Hospitantenverhältnis lösen, so kann ich das nur bedauern, nicht in meinem Interesse, sondern im Interesse der nationalliberalen Partei. (Heiterkeit.) In der Blätterzeit des Monats spielten die Nationalliberalen eine große Rolle, besonders Herr Bassermann. Der Blick war aber nur für den Reichstag gedacht, nur für einige praktische Fragen, nicht für die Wirtschaftspolitik. Hätte Fuhrmann sich in Wirtschaftspragen auf seine alte Mehrheit gestützt, er wäre heute noch Kanzler und alle die Wirren wären unmöglich gewesen. Wenn die Nationalliberalen, nachdem die Erblichkeitssteuer gefallen war, teu, fleißig und hingebend mitgearbeitet hätten, dann wäre es zu keinen Differenzen gekommen. (Heiterkeit links.) Was soll ich den Färschen Billow gestützt haben? Ich habe ihn das vor genannt, ewige Feindschaft mit dem Zentrum zu haben. Seinen Sturz verdankt Fuhrmann seiner eigenen Politik oder seinen Freunden auf der Linken. (Beifall rechts und im Ztr.) Nachdem er erklärt hatte, daß er die Finanzreform nicht ohne die Linke machen würde, war er in ihren Händen, hatte er ihnen Weisheit gegeben. Wir im Bund haben immer nationale Politik um ihrer selbst willen gewollt. (Lachen links.) Die Nationalliberalen haben nicht gewußt, welche Pflichten eine Partei hat, wenn sie der Ehre zeit-



hoffig sein will, mit der Regierung große Werke der nationalen Politik zu treiben. (Große Beifallsrufe.) Sie haben sich nicht als reich erwiesen. (Erneute Beifallsrufe.) Polen und Belfien hatten jederzeit die Konkurrenz mit ihnen aus. Wenn Herr Brüggemann solche Hilfe des Hofes gegen mich löscht, so verbessert er nicht seine Sache, sondern unsere. Wer schimpft, hat Unrecht. (Beifall rechts.)

Abg. Göttsch (fr. Bgg.):

Ich mische mich in den Streit der Freunde nicht hinein. Wenn zwei auseinander gehen, dann wollen sie sich die Folge, und wer zulehst, das schmeichelt dabei. Der Sohn hat sich mit dem vornehmen Ton der agrarischen Presse begrüßt. Sie ist im Gegenteil stets gefällig gewesen. Warum zieht er immer die Suben in die Debatte? Er kann den antilegalistischen Ton der bündlerischen Verammlungen nicht los werden. Das Zentrum sollte sich auf die Freundlichkeit des Herrn Sohn nicht verlassen. Er selbst sollte aber nicht mehr lo unterwürfige Neben hier heißen, wie heute. (Beifall links.)

Abg. Pring zu Schönau-Carolath (ntl.):

bedauert, daß nicht in größerer Anzahl weißliche Gewerbeinspektoren-Affizienten angestellt werden.

Staatssekretär Deßler:

Es handelt sich eigentlich um eine preussische Angelegenheit, aber sie liegt immerhin in jodischer Beziehung zu meinem Etat. Ueber die Vorbildung, die von den Affizienten zu fordern ist, ist man sich noch nicht einig. Das sind die Schwierigkeiten.

Abg. Detlo (ntl.):

fragt an, wann die von den Landmessern geforderte Abänderung der Gewerbeordnung erfolgen werde.

Staatssekretär Deßler: Ermüdungen schwächen.

Abg. v. Strombe (Str.):

Erteilt um Erleichterung des Haushaltens, besonders im Eisch-feld.

Staatssekretär Deßler:

Ein Gesuchentwurf ist in Arbeit; ob eine postive Lösung zu stande kommt und in welchem Sinne, weiß ich noch nicht.

Abg. Aueroff (Aue):

gibt seiner Schadenfreude Ausdruck über den Streit der feindlichen landwirtschaftlichen Brüder.

Damit schließt die Aussprache. Der Gehalt des Staatssekretärs wird gegen die Sozialdemokraten bewilligt. Weiterberatung Mittwoch 1 Uhr. Schluß gegen 7 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

11. Sitzung vom 1. März.

Am Ministertische: **Sydow, v. Welzen.** Vizepräsident **Dr. Spohr** eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Min.

Die zweite Lesung des Etats wird beim

Bergetat

fortgesetzt.

Bei den Einnahmen heißt

Abg. v. Kessel (Kess.):

den auffälligen Rückgang der Erträge aus den Bergwerken bezorn und bittet um Auskunft über die Ursachen dieser Er-schütterungen.

Handelsminister Dr. Sydow

erwidert, daß nähere Mitteilungen hierüber in der Subkommission der Budgetkommission, die für diesen Zweck eigens eingesetzt sei, gegeben würden.

Abg. Macco (ntl.):

Der Rückgang der Arbeiterleistungen hat einen Einnahmeausfall von 1½ Millionen Mark jährlich im Gefolge. Daß der Staat den höheren Bergwerkbearbeitern nicht dieselben Schätzer zahlen kann wie die Privatindustrie, ist bebaueisich, aber nicht zu ändern.

Inzwischen ist ein Antrag **Borgmann (Sog.)** eingegangen, die Regierung zu ersuchen, in Zukunft für jedes Staatswert vollständige und vergleichende Angaben über Alter, Löhne, Beschäftigungsdauer, Arbeitszeit und Ferten der beschäftigten Arbeiter vorzuliegen, und für jedes Staatswert getrennt und soweit möglich vergleichend zu berichten über den Anteil des Arbeitslohnes an den Selbstkosten der Produkte, die Leistungen der Arbeiter, die gesellschaftlichen und finanziellen Arbeiter- und Personensverhältnisse, Arbeiterfähigkeitsbestimmungen, Zugang und Abgang der Arbeiter.

Abg. Weist (Str.):

Auch wir sind der Meinung, daß die Einnahmen aus den staatlichen Bergwerken gehoben werden müssen. Die sozialpolitischen Aufgaben der Verwaltung dürfen aber darunter nicht leiden. Der Schwerpunkt der geringeren Rentabilität der Bergwerke liegt aber in den großen Neuanlagen der letzten Jahre in Westfalen und Oberschlesien. Man besagt die geringeren Arbeitsleistungen, darf aber nicht vergessen, daß die Arbeiter jetzt zumeist unter anderen Voraussetzungen arbeiten, da die Bergwerke immer tiefer in die Erde geführt werden. Dadurch werden die Arbeitsbedingungen erschwert. Die Sozialdemokraten hätten ihren Antrag aber einbringen sollen. Die Nachrichten über die Bergbetriebe liegen doch schon seit Samstag vor. Die bei der Diebstahlsaffäre in Gladbach zutage getretenen Mißstände haben im Kohlenreichtum großes Aufsehen erregt. Ist etwa den Beamten der Bergverwaltung eine Schuld daran beizumessen? Die Bergverwaltung soll einem Unternehmer eine Arbeit zweimal bezahlt haben. Wie liegt die Sache? Und wie verhält es sich ferner mit den Behauptungen, daß der Betriebsführer Hörmann in Weste Kolb allerlei Wahlbeeinflussungen und Maschinenkosten mit Geschäftskosten geübt hat? Wie steht es mit der Ausführung der Bestimmungen der Berggesetznovelle, die der unbedingten Kontrolle der Stimmzettel der Bergarbeiter durch Bergbeamte vorbeugen sollen? Es wird über illoyale Handhabung dieser Bestimmungen geseht. Dem muß vorgebeugt werden. (Beifall im Str.)

Handelsminister Sydow:

Wir halten an dem Grundgedanken meines Amtsvorgängers fest, daß die Berggesetznovelle loyal ausgeführt werden soll. Wir tun alles, um die gebotene Wafel zu sichern.

Oberberghauptmann v. Welzen:

Man urteilt über die zurückgehende Arbeitsleistung des einzelnen Arbeiters verschieden. Aus einer Statistik kann jeder herauslesen, was er will. Ein Rückgang in der einzelnen Leistung liegt allerdings vor, damit soll aber gegen den einzelnen Arbeiter kein Tabel zum Ausdruck gebracht werden. Daß bei einem großen Betriebe hier und dort einmal ein scharfes Wort fällt, wird immer vorkommen. Man verlangt von uns gutes und billiges Kohlen, da müssen wir auch eine gute und ausreichende Kontrolle ausüben.

Abg. Heineit (Sog.):

Unser Antrag will keine Ueberumpelung der Bergbehörde. Die Lage der staatlichen Bergarbeiter hat sich erheblich verschlechtert. Sie erhalten gerade jämmerliches. Darüber müssen wir völlige Klarheit gewinnen. Der Redner fragt den Minister, ob er nicht die Bergarbeiterfrage generell erörtern wolle und wie sich die Regierung der Koalitionssprache gegenüber stelle. Von einem Rückgang der Leistungen der Arbeiter zu sprechen, ist unbedeutend. Den Steigern sollte verboten werden, daß sie sich ohne Rücksicht auf die Lage der Familien der Arbeiter von diesen traktieren lassen und den geringen Lohn der Arbeiter in Alkohol vertun. Die Behandlung der Arbeiter durch die Beamten ist vielfach unerbört. Wo bleibt die im Vorjahr versprochene Denkschrift über die Ursachen der Raddob-Ratalfahrt? Bei den Aufstimmungsarbeiten können die Ursachen des Unglücks leicht ermittelt werden. Der Redner wendet sich dann gegen den **Abg. Gronowski**. Dieser habe die schwarze Partei als eine strafende Sonne herausgeholt, von der alle Kultur abhängig sei. Das Zentrum habe zuletzt Veranlassung, die gestürzten Kämmer zu spielen, die immer die beseligende Uebermacht markieren. (Seitensitz.) Herr Gronowski ist ebenso wie die Herren Barthige und Sackmann nur mit Hilfe der Sozialdemokratie in den Reichstag gelangt. Wie kann er uns da in so großer Anart angreifen. Herr Gronowski hält uns als Beispiel zur Verurteilung vor, daß wir die Zohberne der bürgerlichen Gesellschaft seien. Diese Meinung ist 1903 gefallen, und noch 1907 ist uns das Zentrum in die Arme gesunken! Herr Gronowski nennt unsere Partei das größte Spezial unter der Sonne. Dabei hat ihn unsere Schwelgerei nicht gehindert, sich von uns wählen zu lassen. Dabei ist er uns gegenüber bei der Wafel Verpflichtungen eingegangen. (Widerspruch im Zentrum.) Warum werden wir jetzt vom Zentrum angegriffen? Aus demselben Grunde, aus dem das Zentrum beim Wahlrecht Verrat zu üben im Begriff steht. (Großer Lärm im Str.; Vizepräsident **Dr. Spohr** erhebt den Redner, sich mehr an die Sache zu halten.) Die Konventionen haben uns nur ein Mandat zu verhandeln, das Mandat des Herrn Heilmann. Nur die Freikonventionen machen eine Ausnahme, sie haben unserer Partei kein Mandat zu verhandeln. Der Redner geht dann auf den Streitfall **Schäfer-Brust** ein und legt dar, wie der **Abg. Sacke** zu dem Glauben an die Befolgung des **Abg. Brust** durch die Arbeitgeber kam. Brusts eigenes Verhalten in Arbeiterfragen mügte einige Bedacht nähren. Auch habe er selbst locale Vereinigungen gegen Sozialdemokraten auf dem Kerfholz, daß er sich jetzt nicht lo entziehen sollte, wenn ihm im irrtümlich etwas nachgelagt wird. Brust habe es selbst einmal als sein Geschäft bezeichnet, daß er die Sozialdemokratie verurteile. Wie Herr Brust, so sei das ganze Zentrum arbeiterfeindlich; in seinen Fraktionen haben Arbeiter erst nach langen Kämpfen Aufnahme gefunden, und das seien auch nur Arbeiter in gottgewollter Abhängigkeit von den Zentrumsgenossen, Kommandierarbeiter des Zentrums und des schwarz-blauen Blocks! Das Zentrum teilt die gemeine und heuchlerische Partei, die man sich denken könne. (Beifall bei den Sog. Börm im Str.)

Abg. Spinzig (fr.):

Solche langen Ausführungen wie die des Redneres sind verberische Ausdrucksformen. (Sehr richtig.) Die Löhne der Bergarbeiter sollten unerschütterlich gehalten werden; sie sind nicht so schlecht als vielfach behauptet wird. Ich hätte nicht geglaubt, daß das Raddob-Unglück hier wieder besprochen werden würde, da die Untersuchung noch schwebt. Nach mir gemorbenen Mitteilungen sind Arbeitervertreter bei den Auffindungsarbeiten in Raddob zugegen gewesen. Man hat nichts verurteilt. Die Bergwerksverwaltung in Raddob wünscht, daß sich eine Kommission des Abgeordnetenhauses an Ort und Stelle über alles Nähere informiert. Das Haus verurteilt sich.

Beifällig bemerkt **Abg. Gronowski (Str.):** Ich stand bei der Wahl einem liberalen Sachverwalter gegenüber; da konnten die Sozialdemokraten gar nicht anders als mich wählen. Der **Abg. Heineit** hat heute die Geschäfte der nationalliberalen Partei besorgt. (Zustimmung im Str.)

Nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr. Fortsetzung.

Schluß 5 Uhr.

Deutsches Reich.

Eine verfehlte Spekulation.

Im März einer bereits mehrfach hier erwähnten Monatschrift, fordert der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete **Wolfgang Heine** die Parteien der Linken auf, sich zusammenschließen, alle Streitigkeiten unter sich zurücktreten zu lassen, um zu verhindern, daß bei der Wahlreform, die Heine das „Wahlgesetz der Philologen“ nennt, dem deutschen Volk der preussische Pfahl, „an dem es schon heute leidet, noch tiefer ins Fleisch gestochen wird.“ **Abg. Heine** sagt — und auch die fortjährlich gelimten bürgerlichen Wähler müssen ihm darin zustimmen:

Es ist die höchste Zeit, daß alle, deren politische Ueberzeugung nicht lediglich durch persönliche Interessen, sondern durch Einsicht in die Notwendigkeit der Kultur bestimmt ist, dies klar erkennen und sich zu gemeinsamer Arbeit für eine anständige Wahlsystemeform in Preußen zusammenschließen.

Heilmann solltags hat offenbar darauf spekuliert, durch die Preisliegerung gewisser Wählerfraktionen und nach Bildung und Philosophie hingebende Parteien den Landtagsentscheidungsprozess zu sich herüber zu ziehen und eine, aus Teilen der konfessionellen Parteien, dem Zentrum und dem Liberalismus bestehende Mehrheit als Anfang eines neuen Regierungsbloks zu schaffen. Soweit es sich heut übersehen läßt, scheint dies höchstens bei einem Teil der Nationalliberalen zu gelingen.

Die Freizügigen scheinen der Verlockung zu widerstehen. Eine Spundfähigkeit in der Wahlrechtsfrage, eine Wiederholung des verhängnisvollen Wiederspruchs bei Preußen würde sie auch um jeden politischen Kredit bei den Massen bringen und die für die Entwicklung Deutschlands notwendige Zusammenarbeit der entscheidenden Liberalen mit der bürgerlichen und sozialistischen Demokratie unmöglich machen.

Soweit wir orientiert sind, denkt man in nationalliberalen Landtagstreifen gar nicht daran, dem Kanzler in seiner Jagd nach Wahlrechtsvorspanndienste zu leisten. In der nationalliberalen Reichstagsfraktion ist die Stimmung gegen Heilmann wohl noch stärker.

Ablage Amerikas an Berlin.

(Die Ausstellung droht zu scheitern.)

Die Aussetzungsbefehle über die in Berlin geplante amerikanische Ausstellung haben zu einem überraschenden Ergebnis geführt. Wie aus New York gemeldet wird, hat das amerikanische Exekutivkomitee

der für Berlin geplanten Ausstellung eine Erklärung veröffentlicht, in der es heißt:

Infolge der Bestimmung, die sich in letzter Zeit in Deutschland gegen die Ausstellung bemerkbar zu machen schien, hat die amerikanische Komitee gestern eine Bescheidigung der Ausstellung beschlossen. Damit die guten Beziehungen zwischen den beiden Nationen keine Trübung erleiden, soll für den Sommer 1911 eine deutsche amerikanische Ausstellung in Berlin angestrebelt werden. Das Komitee hat den deutschen Vertretern einstimmig ein Vertrauensvotum erteilt und ihnen für ein vorläufiges halten in der ganzen Angelegenheit gebandt, bevor eines nachdem es sich herausgestellt habe, daß alle Angaben, die sie über die Ausstellung gemacht, vollkommen zutreffend gewesen seien. Die meisten Mitglieder des Komitees werden im Sommer in Berlin sein, um die deutsch-amerikanische Ausstellung vorzubereiten. Die amerikanische Regierung wurde gebeten, die bereits offiziell ernannten Regierungsvertreter an dem neuen Plane mitwirken zu lassen.

Bei dem Berliner Exekutivkomitee ist jedoch im Laufe des gezeigten Vormittags ein Telegramm eingegangen, in dem die Amerikaner nur den Vorschlag machen, die Ausstellung zu verheiben und die Ansicht des deutschen Komitees über eine in nächster Jahre zu veranstaltende deutsch-amerikanische Ausstellung einholen. Direktor **Wittner**, der Leiter des deutschen Exekutivkomitees, berief sofort eine Sitzung der in Berlin anwesenden Amerikaner zusammen, um über eine Antwort an die Amerikaner schluß zu werden. Es ist zweifellos, daß der amerikanische Vorschlag abgelehnt wurde, weil die amerikanische Regierung dem Aufgeben des ganzen Planes gleich gestimmt werden muß.

Die Meinung des Staatssekretärs.

Die Bestimmung in Amerika hat ihre Ursache in der neulichen Erwähnung der amerikanischen Ausstellung durch den Staatssekretär **Deßler** bei der Debatte über den Etat des Reichsamts des Innern am 23. Februar. Auf eine Beschwerte des Abgeordneten **Stresemann** über die Veranstaltung einer amerikanischen Ausstellung in Berlin erklärte der Staatssekretär: „Eine amerikanische Ausstellung wird von Reichswegen keine materielle Förderung zuteil werden.“ In den ersten Beisitzungen hoch es sogar: „Eine materielle oder moralische Förderung.“ Die „Wirtschaftliche Presse“ hat sofort erwidert, daß die amerikanischen Industrie in Deutschland mit demselben Wohlwollen empfangen werden würde, das die deutsche Industrie zu wiederholten Gelegenheiten in den Vereinigten Staaten genossen habe.

Ein kräftiges Dementi.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt in ihrer gestrigen Abendnummer:

„Eine Meldung des „Echo de Paris“, wonach Graf von **Aehrenthal** bei seinem Besuch in Berlin die Uebersetzung des deutschen Votchschafters in Wien v. **Tschirschky** durchgeleitet habe, dessen Nachfolger der Staatssekretär **Freiherr von Schoen** sein würde, ist in der deutschen Presse mit Recht angezweifelt worden. Wir stellen fest, daß die Angaben des „Echo de Paris“ ebenso frei erfunden sind, wie alle Gerüchte über angebliche Verabredungen zwischen dem deutschen Votchschafters in Wien und dem österreichisch-ungarischen Minister des Aeußern.“

Das „Wiener Fremdenblatt“ schreibt: „In jüngster Zeit wurden Nachrichten verbreitet, denen zufolge Graf **Aehrenthal** in München Verabredungen über die baldige Uebersetzung des deutschen Votchschafters am Wiener Hofe Herrn v. **Tschirschky** gemacht haben soll. Im Zusammenhang wurde behauptet, daß zwischen dem Grafen **Aehrenthal** und Herrn v. **Tschirschky** Abstimmitigkeiten herrschen sollen. Wir können konstatieren, daß die Meldungen, deren Tendenz leicht zu durchschauen ist, auf purer Erfindung beruhen.“

Drahtlose Telegraphie und internationales Recht.

Wie verlautet, wird sich die nächste Haager Konferenz auch mit der Kodifizierung des internationalen Nachrichtenverkehrs auf drahtlosem Wege zu beschäftigen haben. Entgegen dem im internationalen Ge-rechte geltenden Grundsatze, daß das Meer frei ist, soll auch eine analoge Rechtschaffenheit für die freie Benutzung der Luft zu radiotelegraphischen Zwecken geschaffen werden.

Eine solche internationale Vereinbarung wird zur Anwendung, weil eine färrere Station für drahtlose Telegraphie die Wellen eines schwächeren funktentelegraphischen Senders zu führen vermag, so daß diese Wellen nicht nur in ihrer direkten Wirkung beeinträchtigt, sondern auch von jedem anderen innerhalb derselben Reichweite wirkenden Empfänger aufgefangen werden können. Man hat diesen Uebelstand durch Christendepeschen und sonstige Bestimmungen zu beheben versucht, jedoch ohne den erhofften Erfolg. Im Zusammenhang damit wird auch die Frage der Behandlung funktentelegraphischer Wellen im Kriegszustand zur Beratung gelangen.

Parlamentarisches.

Die Präsidentenwahl im Reichstag.

Der Reichstag hat gestern seinen neuen Präsidenten gewählt. Den wählten in der Reihe, die mit **Simon** begannen hat. Auf den Grafen **Schwerin-Löwisch** ist die Wafel gefallen, und er hat sie angenommen. Repräsentierte Graf **Stolberg** den Typus des abels unserer stiftlichen Gezeiten, der in seiner Jugend in der Armee oder in der Diplomatie das Feld seiner Betätigung sucht, und sich erst in höheren Jahren der Politik zuwendet, so macht Graf v. **Schwerin** mehr den Eindruck eines Gelehrten, der von frühen Jahren an geleistet und gelommen hat. Und doch war auch er in jungen Jahren Offizier, auch er hat Feldzüge mitgemacht, aber die militärische Vergangenheit merkt man ihm heute nicht mehr an. Sein Gang ist etwas milde und schleppend, der Reden bewegt sich ein wenig unter der Last der Jahre. Der Kopf aber trägt durchaus das Gepräge einer energischen, zielbewußten Persönlichkeit, die Strenge durch ihre starke Wirkung weit



Letzte Nachrichten.

Danktelegramm des Kaisers.

H. Berlin, 1. März. Im Rangenhofsaal trat heute zum erstenmal der Gesamtschuß des Hansabundes für Gewerbe und Industrie zu einer Sitzung zusammen. Der Kaiser wurde ein Begrüßungstelegramm angedreht, auf das der Kaiser folgendes geantwortet hat: **Geb. Juktat R. Kieher, hier. Ich habe den freundschaftlichen Gruß des Gesamtschusses des Hansabundes für Gewerbe, Handel und Industrie gelegentlich seiner ersten Sitzung entgegen genommen und danke bestens für den Ausdruck treuer Anhänglichkeit.**

W. H. H.

Verurteilung eines Gypsers.

H. Stuttgart, 1. März. Vor der hiesigen Strafkammer wurde heute der 65 Jahre alte Uhrmacher Oskar Lange aus Mühlberg a. G. wegen verurteilter Erpressung und Beleidigung, begangen an dem Grafen Zeppelin, zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte hatte an den Grafen unter verschiedenen Bedrohungen Briefe geschrieben, in denen er dem Grafen nahelegte, das von ihm ererbte starke System um 10 000 Mark abzutauschen. Graf Zeppelin, der in der Verhandlung selbst anwesend war, erklärte, daß er von der Erfindung des Lange nichts gewußt habe. Zeuge Geheimerat Hergel sagte aus, daß die Erfindung des Angeklagten mit der des Grafen Zeppelin nicht das geringste zu tun habe.

Das Urteil im Göttinger Musikhallenprozeß.

Götting, 1. März. (Privattelegramm.) In dem Prozesse wegen des Einkurses der Göttinger Musikhalle wurde heute nach sechsstündiger Dauer das Urteil gefällt. Der Angeklagte Martini wurde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Der Mitangeklagte Kaumann wurde freigesprochen. Der Staatsanwalt hatte gegen Martini 6 Monate Gefängnis und gegen Kaumann Freispruch beantragt.

Zum Göttinger Leichenfund.

H. Götting, 1. März. Zu dem Leichenfund wurde nach folgendes gemeldet: Als heute morgen 8 Uhr der Richter der städtischen Badeanstalt, Lorenz, zur Badeanstalt kam, bemerkte er, daß mehrere Leute am Geländer standen und heftig gestikulierten. Beim Nähertraten sah er dann, daß eine weibliche Leiche etwa 1/2 Meter vom Ufer entfernt im Wasser lag und benachrichtigte sofort die Polizei. Die Leiche war mit neuen Stridten umhüllt. Auf dem am Ufer entlangführenden Fußwege wurden viele Fußspuren festgestellt, und eine große Blutlache zeigte sich bald den Blicken der Zuschauer. Am nahegelegenen Geschäft fand man eine schwarze Handtasche und unter dieser einen weißen langen Schlips. Nach Ansicht des Gerichtsarztes ist der Tod durch Verblutung eingetreten. Ein anscheinend dem Arbeiterstande angehörender Mann, der sich schon früh an der Fundstelle eingefunden hatte, war, als der Badeanstaltspräsident die Polizei benachrichtigt hatte, nicht mehr zu sehen. Man vermutet, daß diese Persönlichkeit in irgendwelchen Beziehungen zu der Ermordeten gestanden habe.

Leichenfund.

H. Berlin, 1. März. Heute mittig wurde am Schloßbauernweg an der Spree die Leiche einer Frauensperson gefunden, deren Kopf mehrere Verletzungen aufwies und ganz blutig war. Ob ein Verbrechen oder Selbstmord vorliegt, konnte noch nicht ermittelt werden.

Baumglück.

H. Oberhausen, 1. März. An einem Neubau stürzte heute eine Mauer ein und begrub mehrere Arbeiter unter sich. Drei von ihnen blieben tot, mehrere wurden schwer verletzt.

Messerhelden.

H. Donaueschingen, 1. März. Unweit des Bahnhofspostkontakts Harburg bei Donaueschingen fand eine rüstige Messerschere statt. Der Schlosser Karlinger erschlug den Fabrikarbeiter Geppelberger, der Fabrikarbeiter Schäfer wurde lebensgefährlich, zwei andere schwer verletzt. Karlinger wurde verhaftet; er gab an, aus Notwehr gehandelt zu haben.

Rußland und Oesterreich.

W. Wien, 1. März. Wohlinformierte Kreise wollen wissen, daß Iswolski den Erklärungen des Berliner Communiqués zugehört habe. Die Wiederannahme des friedlichen Einvernehmens zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn soll schon in nächster Zeit fundgetan werden. Bald darauf wird die Wiederbesetzung des russischen Botschafterspostens in Wien erfolgen, der seit mehr als anderthalb Jahren vacant gewesen ist. Dienen Botschaftersposten hatte zuletzt Fürst Urussov inne, der jedoch lange beurlaubt war.

Wiederherstellung des bulgarischen Patriarchats.

H. Sofia, 1. März. Der bulgarische Exarch Josef, der sich seit einiger Zeit hier aufhält und fruchtlos halber nicht nach Konstantinopel zurückkehren kann, verzögerte in Wahrheit seine Rückreise nach der türkischen Hauptstadt deshalb, weil die Bulgaren die Wählbarkeit des Exarchen in Konstantinopel infolge der seither erfolgten Erhebung Bulgariens zu einem unabhängigen Reich nicht mehr aufrecht zu erhalten, sich nicht mehr der Wiederaufstellung des alten bulgarischen Patriarchats von Tirnovo, Josef soll der erste neue bulgarische Patriarch werden und als solcher die lange verzögerte Krönung des Zaren Ferdinand vornehmen.

schlag, den man medizinisch als Pempsigus bezeichnet und der nicht selten vorkommt. Verhandlungen: Es wird nun behauptet, daß das Kind in der Todesstunde lange gequälte und daß man sich nicht darum gekümmert habe. Zeuge: Ich habe es allerdings lange wimmern hören, auch stand es gegen Abend lange Zeit auf dem Altar, als ich es am nächsten Tage sah, war es schon längere Zeit tot, denn die Leichenhauer war bereits eingetreten. Ein Beiführer: Es ist doch auch die Möglichkeit, daß man glaubte, es sei eingeschlafen und es nun nicht finden wollte. Zeuge: Diese Möglichkeit ist natürlich nicht ausgeschlossen. Vorl.: Was ist Ihnen sonst über die Behandlung der Kinder bekannt geworden? Zeuge: Man besahe sich wohl nicht in dem sonst üblichen Maße mit ihnen. Sie erinnere mich auch, daß ich von Angeklagten einmal gebeten wurde, nachzugehen, ob die Kinder hinfieren, als sie gerade ausgehen sollten. Ich stellte mich fest, weil aber nicht, ob die Gräfin davon wußte. Auf Veranlassung des Sachverständigen Dr. Spornberger äußert sich der Zeuge dann über den Grafen. Von heftigen Austritten weiß er nichts. Der Graf sei jedoch Neurotiker und in dieser angeborenen Veranlagung ziemlich heftig. Gelegentlich einer notwendig gewordenen Einprägung habe er z. B. eine heftige Szene gemacht. Die Gräfin sei etwas hysterisch veranlagt; ihre Glaubwürdigkeit werde dadurch aber nicht tangiert. Bei der weiteren Vernehmung des Zeugen wird dann die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

Provinzial-Nachrichten.

Lustmord?

Weihenfels, 1. März. Bei Burgwerben wurde gestern der Leichnam eines 14jährigen Mädchens gefunden. Es liegt die Vermutung vor, daß die Tote die vermählte Tochter des Juktats Weber in Naumburg ist. Es besteht der Verdacht, daß ein Mord vorliegt, da die Leiche verschiedene Verletzungen zeigt.

Die gerichtliche Untersuchung ist jedoch noch nicht abgeschlossen.

Arbeiterwohnungen.

Weihenfels, 1. März. Hier hat sich vor Jahresfrist eine Baugenossenschaft gebildet, um billige Arbeiterwohnungen herzustellen; diese ist mit der Regierung in Unterhandlung worden. Darauf ist der Genossenschaft vom Fiskus ein Grundstück von 200 Morgen Land auf 90 Jahre angeboten worden, und zwar der Morgen zu 16 Mk. Jahrespacht. Das Terrain liegt in den „Gülden Bergen“ und erstreckt sich auf fast 1/2 Stunde von hier entfernt liegende Langendorf zu. Auf jeden Morgen sollen drei Wohnhäuser gebaut werden, und zwar bergwärts, daß für die Bewohner noch Gartenland zur Verfügung bleibt. Die Kapitalien sollen durch Hypotheken und Sparanlagen aufgebracht werden.

Bestellung für die Linie Dessau-Bitterfeld.

Die Bestellungen für die zu elektrifizierende Linie Dessau-Bitterfeld nehmen ihren weiteren Fortgang. Nachdem die A. E. G. schon früher eine große Dampfmaschine, zwei Turbo-Relaispumpen, 26 Kmr. Kettenüberleitung, einige Strecken-Transformator und eine Schnellzuglokomotive in Auftrag erhalten hatte, ist ihr neuerdings nach der A. E. G.-Zeitung, ein Auftrag auf eine Güterzuglokomotive erteilt worden. Diese soll vier Achsen haben, die sämtlich Treibachsen sind; sie erhält einen Wechselstrom-Motor von 800 PS Stunden- und 450 PS Dauerleistung. Der Motor liegt hoch und arbeitet mit Zugstangenübertragung auf die Treibachsen. Die maximale Zugkraft der Lokomotive wird rund 10 Tonnen betragen, die Streckenspannung 10 000 Volt, die Periodenzahl 15.

Weihenfels, 28. Febr. (Unser städtisches Elektrizitätswerk) soll eine derartige Erweiterung erfahren, daß Drifschaffen und industrielle Werke in der Umgebung angeschlossen werden können. Der Kostenaufwand für den Umbau wird auf 740 000 Mark angegeben.

Annaburg, 28. Februar. (Neuer.) Am Sonntagabend gegen 10 Uhr wurden die Bewohner unseres Ortes durch Feuerqualen der Feuerwehr und der Steingutfabrik aufgefordert: Es brannten die langen Scheunen und Stallgebäude des eine halbe Stunde von Annaburg gelegenen Gutes Gertrudshof. Die Feuerwehren Annaburgs und der Steingutfabrik, sowie der umliegenden Ortschaften trafen bald an der Brandstelle ein und verhielten ein Weitergreifen des Feuers. Die Gebäude brannten bis auf die Umfassungsmauern vollständig nieder. Das Vieh konnte bis auf eine Färse und einige Stüd Kleinvieh gerettet werden.

Mühlberg a. G., 28. Febr. (Gesunken.) Ein der hiesigen Kircha Diede und Busse gehöriger Holzgahn, der von Aufsig in Böhmen kommend letzte Nacht hier oberhalb der großen Fährre vor Anker gelegen hatte, geriet heute früh beim Losfahren auf einen vom Wasser bedeckten Felsen und erlitt dabei so schwere Beschädigungen, daß er in kurzer Zeit in den Grund ging. Der Kahn ist völlig gesunken; die Ladung, die in etwa 10 000 Stk. böhmischen Braunkohlen bestand, dürfte ebenfalls zum Teil verloren sein. Der Kahn war auf der Fahrt nach Wölsberg in Wölsberg begriffen.

Dessau, 1. März. (Wieder eingefangen.) Nach einer telegraphischen Meldung gelang es heute früh, den Zuchthäuser Leising, der vorgezogen aus der Straf-anstalt Kossow entwichen war, in der Nähe von Güterglück zu verhaften. Nunnmehr sind drei der Ausbrecher wieder eingefangen; auf den vierten wird gefahndet.

Unterhaltungsblatt.

Frau Leutnant. Erzählung von Heinrich See. (Fort.) — Der Aniesall. Humoresk von Gise Krafft. — Kunst und Wissenschaft. — Theater und Musik. — Literatur.

Beitrag: Wilhelm Georg.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Handel: Eugen Steinmann; für Ausland, Letzte Nachrichten und Sport: Erich Polow; für das Feuilleton und Vermischtes: Paul Schamberg; für den Inseratenteil: Friedrich Endrulat; Druck und Verlag von Otto Hendel.

Sämtlich in Halle a. S. — Die Nummer enthält 8 Seiten. — einschließlich Unterhaltungsblatt.

hat zu dem Hinwachen des Portemonnaies habe hineinstecken lassen. Er erklärt sich im übrigen für befriedigt. Darauf wird er ebenfalls eingehend über das Zustandekommen der eidesstattlichen Versicherungen der Eheleute Raffelich vernommen. Die folgende Zeugin, Directrice Frida Klamp aus Magdeburg befindet, daß sie vom 1. Oktober 1902 bis zum 1. März 1903 als Kinderfräulein in Diensten des Grafen gestanden habe. Nach ihren tatsächlichen Beobachtungen müßte sie ihre früheren entgegengegangenen Angaben zurücknehmen und heute erklären, daß die Gräfin Wiesel ihre Kinder gut gepflegt, und daß es auch in Bezug auf Wäsche und Garbetrobe an nichts gefehlt habe. Die Gräfin sei den Kindern gegenüber streng aber gerecht gewesen. Es werden dann auch mit dieser Zeugin die eidesstattlichen Versicherungen durchgeprochen, die der Detektiv Gräger mit ihr aufgenommen hatte. In der ersten heißt es: „Nach langer Zeit bin ich nach reichlicher Überlegung dazu gekommen, und bin es noch jetzt dem Umstände zu beschwören bereit, daß mir die Aussagen eidesstattliche Versicherungen für den Grafen Wiesel gegen meinen Willen aufgedrungen wurden, um damit dem Grafen zu Rechte zu verhelfen, das ihm nicht zuzustand.“ Bert. R. A. Gräger bezeichnet die Form dieser Erklärung als auffällig. Nach der Verhandlungsführer meint, daß die Erklärung zum Ausdruck bringe, die Zeugin sei in erheblicher Weise vom Grafen beeinflusst worden, während sie das in der heutigen Verhandlung nicht in dieser Schärfe bezeugt habe. Er fragt die Zeugin ferner, warum sie die reichliche Überlegung nicht auch schon früher gehabt habe, worauf die Zeugin wieder auf ihren jugendlichen Innerhalb hinweist. In der dem Angeklagten abgegebenen eidesstattlichen Versicherung, die dann zur Verlesung kommt, heißt es, daß die Gräfin für das körperliche und vor allem das geistige Wohl der Kinder nicht besorgt gewesen sei, die Kinder nicht im Geiste dem Umstände zu beschwören bereit, daß sie nicht im Grafen bezeugt habe, erwidert die Zeugin: Die Dame habe ebenso wie der Graf über die Gräfin geschimpft und behauptet, daß die Kinder schlecht behandelt worden seien. In mehreren anderen Erklärungen der Zeugin, die hierauf zur Verlesung gelangen, hat diese auch angegeben, daß der Graf einmal des Nachts zwischen 12 und 1 Uhr in ihr Zimmer gekommen sei, was sie als „recht heiter“ bezeichnet. Auch habe er sie auf den Schließweder bei Zauer bestellt, um dort mit ihr ungestört sprechen zu können. Dabei habe er sie u. a. gefragt, ob sie finde, daß ihm seine Kinder ähnlich läßen. Er habe sie auch einmal um die Taille gefaßt und sie an seine Wange gedrückt, mit dem Bemerkten, sie sei ein hübsches Mädchen und zu schade fürs Gesicht eines Kinderfräuleins. Er habe sie gefragt, ob sie ihn gern habe. „Natürlich bejahte ich dies, um ihn los zu werden“, heißt es dann wörtlich weiter. „Der Graf warnte mich vor den Männern, da die meisten von ihnen doch nicht ehrliche Absichten hätten. Später kam Leutnant a. S. Schuler zu mir. Ich habe seine Worte gewissermaßen als Beispielsatz aufgenommen. Damals war ich noch zu jung, ich hätte mich nicht gewaschen und sagte, was er wollte.“ Alle diese Erklärungen hat die Zeugin dann in einer zusammengefaßten und wiederholt. Sie liegt den Gerichtsakten bei und ist keine eidesstattliche. Auf die Frage, weshalb sie diese Dinge in ihren heutigen Aussagen nicht wiederholt habe, gibt die Zeugin keine befriedigende Antwort. Verhandlungsl.: Voraus entnehmen Sie, daß der Graf es gewesen sei, der mit der Wäschejückerin geworden hatte? Zeugin: Weil die Gräfin laut aufschrie. Kriegsgewaltsthat Sohl: Was entnehmen Sie aus seiner Forderung, ob ihm seine Kinder ähnlich läßen? Zeugin: Es war doch die Rede davon gewesen, daß die Gräfin es

Die Angaben nicht aufrecht erhalten bliebe.

mit der eidesstattlichen Treue nicht genau genommen habe und der Angeklagte wollte vielleicht meine Meinung darüber hören, ob sie wohl von ihm herkommen. Kriegsgewaltsthat Sohl: Dazu gehört aber schon die eidesstattliche Versicherung, die angenommen. Bert. R. A. Gräger: Ich halte mich an dem, was ich heute mit meiner Zunge mir gar nicht ähnlich läße. (Heutezeit.) Der Berichterstatter stellt dann noch fest, daß die Gräfin Wiesel geb. Heim auch die belästigenden Aussagen dieser Zeugin in ihrem Ehe-scheidungsprozeß nicht verwertet habe, soweit diese Zeugin Wiesel-handlungen der Gräfin bezeugt habe. Die Zeugin Klamp erklärt schließlich auf Vorhalt ebenfalls, daß ihr insofern für ihre eidesstattlichen Versicherungen wie für ihre eidesstattlichen Aussagen zur Sache nichts versprochen oder in Aussicht gestellt worden sei. Es soll dann Dr. Breslauer (Zauer), der frühere Sausarzt des gräflichen Hauses vernommen werden. Der Verhandlungsführer bemerkt dazu: Wir müssen eventuell die Öffentlichkeit ausschließen. Wir ditten aber den Zeugen, seine Aussagen so einzurichten, daß wir möglichst lange öffentlich verhandeln können, da wir keinesfalls den Einbruch ermeden möchten, als ob hier mit Ausnahme gewisser Dinge etwas geheim zu behandeln nötig sei. Der Zeuge bekennt dann, daß er im 1902 ab die gräfliche Familie behandelt hat und ferner sich vor allem über den Zustand des Heinen bald nach seiner Geburt wieder verlobten Knaben Balerian. Die Gräfin wollte aus kosmetischen Gründen von einer natürlichen Ernährung des Neugeborenen nichts wissen. Zeuge machte sie deshalb auf die peinliche Befolgung der für die künstliche Ernährung in Frage kommenden Bestimmungen aufmerksam und stellte auch eine Wohnwagen zur Verfügung. Er gibt dann weiter an: Als das Kind geboren wurde, war es gesund, als ich aber später zu seiner Behandlung gerufen wurde, sah es heruntergekommen aus und litt an Darmkatarrh. Verhandlungsl.: Diese Krankheit findet sich doch aber viel bei kleinen Kindern? Zeuge: Allerdings. Während meiner folgenden Abwesenheit wurde das Kind von meinem Vertreter behandelt und als ich kurz vor seinem Tode seine Behandlung selbst wieder übernahm, fand ich ein schwerkrankes Kind vor, das in der darauffolgenden Nacht starb. Ich stellte Atropine fest. Verhandlungsl.: Ist Atropine auf mangelhafte Ernährung zurückzuführen? Zeuge: In den meisten Fällen ja. Sie kann aber auch auf ausgebreitete Paratyphoid zurückzuführen sein. Verhandlungsl.: Das Kind litt einen großen Anseh auf dem Rücken gehabt haben, ist Ihnen das aufgefallen? Zeuge: Nein, denn ich habe die Leiche nicht näher untersucht. Es wurde mit erst später mitgeteilt. Verhandlungsl.: Es soll auch ein Rezept für das Kind nicht angefertigt worden sein, ist Ihnen davon etwas bekannt? Zeuge: Nein, das mag wohl in meiner Abwesenheit gewesen sein. Das Kind hatte aber noch einen Aus-

Main table of stock market data. Columns include company names (e.g., Deutsche Reichsbank, Reichspost), stock symbols, and prices. The table is organized into sections like 'Aktien', 'Anleihen', and 'Waren'.

Vertical text on the right margin, likely a library stamp or archival note, containing the name 'Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt' and other identifiers.